

Leseempfehlungen

Donner, Christian (2000): *Wohnungspolitik in der Europäischen Union*. Wien.

Bietet einen guten Überblick zum sozialen Wohnungsbau im europäischen Vergleich.

Insgesamt gibt es kaum Literatur, die sich eingehend mit der heutigen Problematik des sozialen Wohnungsbaus auseinandersetzt. Empfehlenswert sind die Webseiten der Mieter_inneninitiativen mit aktuellen und Hintergrundinformationen:

Mietergemeinschaft Kotti & Co: <http://kottiundco.net> [28.11.13].

Berliner Bündnis Sozialmieter.de: <http://www.sozialmieter.de> [28.11.13].

Mietenpolitisches Dossier: <http://mietendossier.blogspot.de> [28.11.13].

Bündnis gegen Zwangsräumungen: <http://zwangsräumungsverhindern.blogspot.de> [28.11.13].

Weitere zitierte Literatur

Becker, Ruth (1977): Wer verdient an den Sozialmieten? In: *Arch+* 32: 52-57.

Deutscher Mieterbund (2013): Pressemeldung vom 15.2.2013: Wohnen darf kein Luxus werden. URL: [www.mieterbund.de/pressemitteilung.9.html?&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=19169](http://www.mieterbund.de/pressemitteilung.9.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=19169) [20.08.13].

Grüber, Wolfgang (1981): *Sozialer Wohnungsbau in der Bundesrepublik. Der Wohnungssektor zwischen Sozialpolitik und Kapitalinteressen*. Köln.

Günthert, Georg (1968): Stadterneuerung in der Bundesrepublik. In: *StadtBauwelt* 59(18): 1339.

Holm, Andrej (2010): Gentrification im Sozialen Wohnungsbau? URL: <http://gentrificationblog.wordpress.com/2010/05/25/berlin-gentrification-im-sozialen-wohnungsbau/> [20.08.13].

Lüdtke, Jürgen (1988): 25 Jahre Stadterneuerung für Menschen im Wedding, Berlin.

Schreer, Claus (1998): *Das Geschäft mit der Wohnung: Bodenspekulation und Stadtentwicklung im Kapitalismus*. Köln.

Sethmann, Jens (2013): Der Soziale Wohnungsbau zwischen Ausstieg und Neuanfang. In: *MieterMagazin* 1+2: 25-34.

Zapf, Katrin (1969): *Rückständige Viertel. Eine soziologische Analyse der städtebaulichen Sanierung in der Bundesrepublik*. Frankfurt a. M.

→ Hausbesetzungen

Hausbesetzungen

Hausbesetzungen als Aneignungen von Wohn-, Arbeits- oder Lebensraum sowie als politische Aktionsform gegen die städtischen Eigentums- und Machtverhältnisse haben moderne Städte seit ihrer Entstehung begleitet und geprägt. Sie wurden zum Ausgangspunkt sozialer Bewegungen, als die Ziele, die Mittel oder die Umsetzung der herrschenden Stadterneuerung nicht mehr den Alltagsbedürfnissen vieler Bewohner_innen und den darauf beruhenden Vorstellungen städtischen Lebens entsprachen.

Besetzungen in der kapitalistischen Stadt

Besetzungen sind aus der Geschichte der kapitalistischen Stadt nicht wegzudenken. Die Errichtung informeller Hüttensiedlungen auf besetztem Land hat das explosionsartige Wachstum der Städte seit dem 19. Jahrhundert begleitet. Heute beherbergen solche Siedlungen in den Metropolen des Globalen Südens einen Großteil der Bevölkerung (vgl. Neuwirth 2005). Aus den westeuropäischen und nordamerikanischen Städten sind sie hingegen weitgehend verschwunden. Die Besetzung von Häusern und Wohnungen ist jedoch noch immer eine Antwort auf den Mangel an bezahlbarem Wohn-, Arbeits- und Lebensraum bei gleichzeitigem Leerstand (→ Immobilienmärkte; → Wohnraum).

Ihr Doppelcharakter als Aktion zivilen Ungehorsams und als unmittelbare Alternative zum kapitalistischen Wohnungs- und Immobilienmarkt machte Hausbesetzungen zu einem verbreiteten Mittel städtischer Protestbewegungen. Die westeuropäischen Besetzungsbewegungen der 1970er und 1980er Jahre haben die Krise der damaligen Stadterneuerungspolitik zugespitzt und als Teil breiter städtischer Bewegungen eine gesellschaftliche Übergangssituation herbeigeführt, in der

sich die Vorstellungen des Städtischen und die Leitlinien der Stadtpolitik grundlegend änderten. Die unzähligen besetzten Häuser und Fabriken und die in ihnen gegründeten sozialen und kulturellen Zentren boten und bieten den städtischen Bewegungen nicht nur eine umfangreiche Infrastruktur von Arbeits- und Veranstaltungsräumen, von Treffpunkten und Orten für nicht-kommerzielle Kunst- und (Sub-)Kultur. Sie waren zugleich Vorbote neuer städtischer Lebensweisen, die sich durch eine Rückkehr der Mittelschichten in die Innenstädte, die Ablösung funktionaler Aufteilung durch einen Mix von Wohnen, Arbeiten und Konsum oder auch durch selbstbestimmte Wohnungsgrundrisse jenseits der bürgerlichen Kleinfamiliennorm auszeichnen.

Hausbesetzungen als Aktionsform und als soziale Bewegung

Eine Hausbesetzung ist die Inbesitznahme einer Immobilie gegen den Willen oder zumindest ohne die Zustimmung der Eigentümerin bzw. des Eigentümers. Während in der Bundesrepublik die Hausbesetzung als Hausfriedensbruch schon immer strafrechtlich verfolgt wird, schufen die Rechtsordnungen beispielsweise in Frankreich, in den Niederlanden und in England zumindest lange Zeit rechtliche Grauzonen, sodass Hauseigentümer_innen ihren Besitzanspruch erst gerichtlich klären lassen mussten, um gegen die Besetzer_innen vorgehen zu können.

Hausbesetzungen übertreten nicht nur rechtliche Grenzen. Sie haben auch ökonomische, politische und moralische Implikationen. Sie beanspruchen den Gebrauchswert der Häuser im Gegensatz zu deren marktförmiger Funktion als Tauschwert (zu den Begriffen → Marx/Engels). Sie erheben Anspruch auf Selbstbestimmung des eigenen Alltagslebens und auf die unmittelbare Aneignung eines Rechts auf Wohnen, im Widerspruch zu dessen

staatlicher Definition und dessen gesellschaftlicher Umsetzung. Und sie klagen den Leerstand von Gebäuden bei gleichzeitiger Wohnungsnot oder bei Mangel eines ausreichenden und bezahlbaren Angebots an Räumen für Arbeit, Kultur und Freizeitaktivitäten.

Im Anschluss an Hans Pruijt (2013) lassen sich fünf Typen von Hausbesetzungen unterscheiden. Die häufigste Form sind vereinzelt und stille Wohnungsbesetzungen oder massenhafte und von entsprechenden Organisationen getragene „Besetzungen aus der Not heraus“. „Erhaltende Besetzungen“ richten sich gegen eine Zerstörung gewachsener baulicher und sozialer Strukturen und setzen sich stattdessen für alternative Formen der Stadterneuerung ein. „Besetzungen als alternative Wohnstrategie“ zielen auf selbstbestimmte, von der gesellschaftlichen Normalität abweichende Formen des Zusammenlebens, während „unternehmerische Besetzungen“ darauf aus sind, die Räume als soziale oder kulturelle Zentren oder für alternativ-ökonomische Betriebe zu nutzen. Schließlich betrachten die Akteure von „politischen Besetzungen“ die Häuser nicht als Ziel an sich, sondern als Instrument zur praktischen Aneignung von „Freiräumen“, die wiederum der Konfrontation mit dem Staat und als Ausgangspunkt für eine gesellschaftliche Umwälzung dienen.

Ein weiterer zentraler Unterschied liegt zwischen Hausbesetzungen als Aktionsform und Hausbesetzungen als politische Strategie und Identitätsmerkmal sozialer Bewegungen. Hausbesetzungsbewegungen als solche entstanden erstmals in den 1960er Jahren und haben ihren Ursprung in der Krise der fordistischen Stadt. Die fordistische Stadterneuerung (Flächensanierung) beruhte auf einer staatlich finanzierten und bürokratisch umgesetzten großflächigen Abriss- und Neubaupolitik, orientiert an einer funktionalen Aufteilung der Stadt nach den Kategorien Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und (Auto-)Verkehr.

Dieses Leitbild begann in den 1970er Jahren die staatlichen Haushalte zu stark zu belasten und verlor als Idee einer „vernünftigen“ Stadtplanung an Zustimmung. Gleichzeitig brachten die Lebensweisen der städtischen Armen, der Migrant_innen, der Künstler_innen und der Angehörigen eines neuen alternativen Milieus, die in den verfallenden Altbauten der Innenstädte bezahlbare Wohn- und Arbeitsräume fanden, oppositionelle Vorstellungen städtischen Lebens hervor. Diese Vorstellungen beruhten auf den Grundpfeilern eines gebrauchswertorientierten „kollektiven Konsums“, auf nachbarschaftlichen Beziehungen und pluralen Stadtteilkulturen sowie einer Dezentralisierung politischer Entscheidungsfindung und städtischer Selbstverwaltung (vgl. Castells 1983: 318ff.).

Der Widerspruch zwischen einer krisenhaften fordistischen Stadtpolitik und jenen neu entstandenen städtischen Vorstellungen und Lebensweisen war kein rein urbanes Phänomen. Er war Teil eines umfassenderen gesellschaftlichen Konflikts, aus dem heraus sich die Hausbesetzungsbewegungen als Teil vielfältiger „Neuer Sozialer Bewegungen“ (NSB) formierten (→ Städtische soziale Bewegungen). Die Besetzungsbewegungen, die Mitte der 1960er bis Mitte der 1980er Jahre in nahezu allen westeuropäischen Ländern entstanden, eigneten sich die entmieteten, d.h. in Erwartung baldiger Sanierung leerstehenden Wohnhäuser und die verlassenen Industrieanlagen in den Innenstädten an. Sie skandalisierten den spekulativen Leerstand bei gleichzeitiger Wohnungsnot und äußerten damit ihre Kritik an einem autoritären und disziplinierenden Wohlfahrtsstaat. Zugleich schufen sie unmittelbar Abhilfe, indem sie der herrschenden Kahlschlagsanierung selbstbestimmte Wohnformen und Lebensweisen sowie Modelle der Entscheidungsfindung auf der Grundlage von Autonomie, Selbsthilfe und Selbstverwaltung entgegensetzten.

In den Besetzungsbewegungen kamen unterschiedliche soziale Gruppen und politische Strömungen zusammen. Zu ihnen gehörten Stadtteilinitiativen, die sich für den Erhalt bezahlbarer Wohnungen und gewachsener sozialer Strukturen sowie für einen Ausbau der städtischen Infrastruktur einsetzten (→ Stadtteilpolitik). Den Großteil der Besetzer_innen bildeten Aktivist_innen verschiedener NSB. Sie experimentierten in den Häusern mit kollektiven und nichtkapitalistischen Formen des Zusammenlebens und Arbeitens und eröffneten in ihnen soziale und (sub-)kulturelle Treffpunkte und Veranstaltungsorte. Hinzu kamen Jugendliche, die gegen die Perspektivlosigkeit einer von Arbeitslosigkeit und Kommerzialisierung geprägten Gesellschaft und gegen den Mangel an Räumen frei von der Bevormundung durch Eltern oder Sozialpädagog_innen revoltierten.

In vielen Städten waren gewaltsame Räumungen und die darauf folgenden Proteste Anlässe, die Hausbesetzungen in das Licht einer breiten Öffentlichkeit zu rücken. Zu den bekanntesten Beispielen zählen die Opernhauskrawalle in Zürich 1980, die *Riots* zur Krönung von Königin Beatrix in Amsterdam im selben Jahr oder auch die Proteste gegen die Räumung des Cine Princesa in Barcelona 1996. Kriminalisierung und Repression haben Hausbesetzungen zu jeder Zeit begleitet und das Alltagsleben der Besetzer_innen geprägt. Den Verlauf der Besetzungsbewegungen und ihre Durchsetzungsmöglichkeiten gegenüber dem Lokalstaat bestimmte jedoch weniger das Ausmaß gewaltsamer Unterdrückung als der Zeitpunkt ihres Auftretens. Entfalteten sie sich wie in der Bundesrepublik, in den Niederlanden oder auch in Italien vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden stadtpolitischen Krise, d.h. in einer relativ offenen Übergangssituation, konnten sie ihre Forderungen und alternativen Konzepte in den neu entstehenden Stadterneuerungsregimen verankern. Traten sie, wie

z.B. in Spanien, erst auf einem schon bereiteten neoliberalen Terrain in Erscheinung, wurden Besetzungsbewegungen in eine radikale Nische jenseits stadtpolitischer Einflussmöglichkeiten gedrängt (vgl. Kuhn 2012).

Die seit den 1990er Jahren durchgesetzten Prinzipien neoliberaler Stadterneuerung (→ unternehmerische Stadt) haben die Bedingungen für Hausbesetzungen grundlegend verändert. Nach dem Ende flächendeckender Sanierungsprogramme wurde in den durch Privatinvestitionen und den Zuzug der Mittelschichten „wiederbelebten“ Innenstädten der Leerstand knapper und verstreuter. Auch nahm in vielen Städten die Repression und Kriminalisierung der Besetzer_innen weiter zu. Entscheidender für einen – trotz einiger Ausnahmen – allgemeinen Rückgang von Hausbesetzungen war jedoch, dass mit dem Übergang zur neoliberalen Stadt die politischen Prinzipien und Handlungsformen der Besetzungsbewegungen selbst uneindeutig geworden sind. Die Staatskritik der Besetzer_innen bildete in Zeiten neoliberaler Marktgläubigkeit und lokalstaatlicher Dezentralisierungs- und Beteiligungsinstrumente keinen gemeinsamen Ausgangspunkt mehr für stadtpolitische Opposition, sondern wurde vielmehr als Streit um Verhandlungen und Legalisierungen zur Konfliktlinie zwischen den Besetzer_innen. Auch das Streben nach alternativen Lebensweisen verlor an politischer Sprengkraft, denn was als „normal“ galt, war angesichts der Pluralisierung und Individualisierung der Lebensentwürfe immer weniger auszumachen. Mehr noch: Unter den Vorzeichen einer „kreativen Stadtpolitik“ (vgl. Florida 2002) können auch besetzte Häuser als kulturell, sozial oder ökonomisch wertvoll gelten. Das Brutplätze-Programm in Amsterdam (vgl. van den Geyn/Draaisma 2009) ist ein Beispiel dafür, wie Zugeständnisse gegenüber Besetzer_innen und ihre Vermarktung als Teil einer bunten, kreativen Stadt Mittel sein können, „gute Besetzer_innen“ von solchen

zu trennen, die sich gegen ihre Einbindung sperren.

Dieses Spannungsfeld – einerseits Einbeziehung als kreative Zwischennutzungsprojekte und andererseits Abdrängung in radikale, subkulturell abgeschlossene Nischen – prägt die gegenwärtige Situation und hat in vielen Städten zu Spaltungen der Besetzungsbewegungen geführt. Doch die seit den 2000er Jahren zunehmenden Proteste gegen → Gentrification, gegen großflächige Entwicklungsprojekte, gegen Wohnungsnot (→ Wohnraum) und zuletzt gegen Zwangsräumungen im Rahmen der Finanz- und Immobilienkrise haben eine Renaissance der Hausbesetzungen ausgelöst. Träger dieser Renaissance sind aber nicht nur die existierenden, autonomen und antikapitalistischen Besetzungsbewegungen. Vor allem in Spanien, Italien und Frankreich greifen mehr und mehr einkommensschwache Familien, von Zwangsräumungen Bedrohte oder Migrant_innen, zum Teil unterstützt von wohnungspolitischen Organisationen, zum Mittel der Besetzung (zum Teil vereinzelt und in stiller Form, zum Teil öffentlich und massenhaft), um auf diese Weise ein Recht auf angemessenen Wohnraum einzufordern.

Berlin als „Schaufenster“ der Besetzungsbewegungen

In keiner anderen Stadt im deutschsprachigen Raum wurden über einen so langen Zeitraum so viele Häuser besetzt wie in Berlin. Schätzungsweise gab es seit 1971 etwa 450 bis 500 Hausbesetzungen (Amantine 2012: 12). Eine genauere empirische Untersuchung steht noch aus. Eine Ursache war das Ausmaß von Wohnungsnot und spekulativem Leerstand, das im flächenmäßig begrenzten und finanziell großzügig unterstützten „Schaufenster des Westens“ besonders groß war. Die Befreiung von der Wehrpflicht machte die Stadt außerdem zum Anziehungspunkt für Alternative und

Aussteiger_innen. Diese Faktoren verstärkten Entwicklungen, wie sie in vielen Städten der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern zu finden waren.

Trotz erster Besetzungen selbstverwalteter Jugendzentren Anfang der 1970er Jahre entstand die Berliner Hausbesetzungsbewegung in jahrelangen politischen Auseinandersetzungen um Wohnungsnot, Leerstand, baulichen Verfall und mangelhafte sozialer Infrastruktur. Im Jahr 1979 organisierten Kreuzberger Stadtteilinitiativen die ersten „Instandbesetzungen“ – sie besetzten leerstehende Wohnungen und begannen sofort mit den notwendigen Instandsetzungsarbeiten. Diese praktische Verbindung einer Anklage der autoritären und die Bedürfnisse der Bewohner_innen missachtenden Stadtpolitik mit dem Gedanken der Selbsthilfe und Selbstverwaltung fand unmittelbar Nachahmer_innen: Bis Ende 1980 waren bereits knapp 20 Häuser besetzt. Die Instandbesetzungsbewegung explodierte, als anlässlich einer Räumung am Kreuzberger Frankfurter Straßenschlachten ausbrachen und weniger Tage später der SPD-Senat über einen Bauskandal stürzte. Im darauffolgenden, vom Übergangssenat nur unzureichend gefüllten Machtvakuum wurden insgesamt 165 Häuser besetzt, in denen zweitweise bis zu 5.000 Menschen lebten.

Die Besetzungen brachten eine schwelende stadtpolitische Krise zum Ausbruch und entfalteten den nötigen Druck, um eine in oppositionellen Planer_innenkreisen konzipierte „behutsamen Stadterneuerung“ durchsetzen zu können. Der Stadtteil Kreuzberg wurde zum Experimentierfeld eines Stadterneuerungsregimes, das die bestehenden Häuser und die Bevölkerungsstruktur erhalten sowie Betroffene in die Entscheidungsfindung und Umsetzung einbinden sollte (vgl. Holm/Kuhn 2010; → Partizipative Planung). Teil dieser Politik war die Legalisierung der besetzten Häuser, deren Bewohner_innen zu Verhandlungen bereit

waren. Die Besetzer_innen, die dazu nicht willens oder in der Lage waren, wurden hingegen mit Repressionen überzogen und ihre Häuser schließlich geräumt.

Kurz nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 brandete eine zweite Welle der Besetzungsbewegung auf, diesmal in den östlichen Innenstadtbezirken. Erneut wurden mehr als 100 Häuser besetzt, bis der rot-grüne Senat am 14. November 1990 mit einer gewaltsamen Räumung von 12 besetzten Häusern in der Mainzer Straße das einjährige politische Machtvakuum beendete. Obwohl die Besetzer_innen erneut die Legalisierung eines Großteils ihrer Häuser erkämpfen konnten, entfalteten sie nicht die gleiche politische Sprengkraft. Mit der behutsamen Stadterneuerung, aus deren Finanzierung sich der Senat schrittweise zurückzog, stand ein Lösungsansatz für den Sanierungsbedarf bereit (vgl. Bernt 2003). Von den Problemen steigender Mieten und drohender Verdrängung waren die legalisierten und aus dem Programm „bauliche Selbsthilfe“ unterstützten Häuser jedoch kaum betroffen. Die unterschiedliche Interessenlage, aber auch Konflikte zwischen Ost- und West-Besetzer_innen sowie zwischen Stadtteilinitiativen und Autonomen machten die Häuser zu „Fremdkörpern“ und zu radikalen, aber kontrollierbaren subkulturellen Nischen.

Die ausgesuchte Legalisierung bei gleichzeitiger Durchsetzung einer repressiven „Berliner Linie“ mit der Maßgabe, besetzte Häuser innerhalb von 24 Stunden zu räumen, hat die Berliner Besetzungsbewegung Mitte der 1990er Jahre zum Erliegen gebracht. Seit Beginn der 2000er Jahre gerieten zudem viele ehemals besetzte Häuser angesichts von Privatisierungen, Eigentümer_innenwechseln, Mietsteigerungen und Räumungsklagen unter Druck. Abwehrkämpfe wie die Proteste gegen die Räumungen der Yorckstraße 59 im Juni 2005 oder der Liebigstraße 14 im Februar 2011 demonstrierten vor allem, dass die

Häuserszene subkulturell abgeschlossen und politisch relativ isoliert war.

Gleichzeitig haben Besetzungsaktionen gegen die Privatisierungspolitik des rot-roten Senats, gegen stadtplanerische Großprojekte wie „Mediaspree“ oder gegen steigende Mieten und drohende Verdrängung die subkulturelle Abgeschlossenheit früherer Besetzungen aufgebrochen. Die Schwerpunktverlagerung weg von der Aneignung soziokultureller Freiräume hin zu einer breiteren Organisierung sowie einer stärkeren Einmischung in die lokale Politik lassen einen grundlegenden Wandel von Hausbesetzungen innerhalb neuer städtischer Konflikte erkennen. Besetzungen städtischen Raums werden zum Ausgangspunkt, auf die Widersprüche der → unternehmerischen Stadt aufmerksam zu machen und ein → Recht auf Stadt einzufordern.

Armin Kuhn

Leseempfehlungen

Squatting Europe Kollektive (2013): Squatting in Europe. Radical Spaces, Urban Struggles. Wivenhoe et al.

Der Sammelband versammelt länder- bzw. städtespezifische Artikel zu Besetzungsbewegungen. Diese werden ergänzt um Analysen zentraler Aspekte wie Kriminalisierung, Mobilität oder Entscheidungsfindung von Besetzer_innen. Umrahmt wird die Sammlung von Margit Mayers Vorwort, in dem sie die Transformation von Hausbesetzungen im Rahmen der „Empörten-“ bzw. Occupy-Bewegungen vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise seit 2008 beschreibt, von Hans Pruijts kenntnisreicher Einführung in die Erforschung von Besetzungsbewegungen in Städten des Globalen Nordens sowie von einem umfangreichen Literaturüberblick.

Suttner, Andreas (2011): „Beton brennt“. Hausbesetzer und Selbstverwaltung im Berlin, Wien und Zürich der 80er. Wien et al.

Bietet eine in ihrem Umfang und Detailreichtum bisher einzigartige Studie von Hausbesetzungen in den 1980er Jahren im deutschsprachigen Raum. Suttner stellt die Besetzungsbewegungen in Berlin,

Wien und Zürich in ihren stadträumlichen und stadtpolitischen Kontexten, ihrer Zusammensetzung, ihrem Verlauf und ihrem Verhältnis zu anderen sozialen Bewegungen dar. Der Fokus der materialreichen Studie liegt weniger auf einer theoretischen Einordnung der Hausbesetzungen als auf dem Leben und Handeln der Besetzer_innen, auf Selbstverwaltungsstrukturen, Autonomieansprüchen und politischen Identitäten.

Weitere zitierte Literatur

Amantine (Hrsg.) (2012): „Die Häuser denen, die drin wohnen!“ Kleine Geschichte der Häuserkämpfe in Deutschland. Münster.

Bernt, Matthias (2003): Rübergeklappt! Die „Behutsame Stadterneuerung“ im Berlin der 90er Jahre. Berlin.

Castells, Manuel (1983): The City and the Grassroots. A Cross Cultural Theory of Urban Social Movements. Berkeley/Los Angeles.

Geyn, Bas van den/Draaisma, Jaap (2009): The Embrace of Amsterdam's Creative Breeding Ground. In: Porter, Libby/Shaw, Kate (Hrsg.): Whose Urban Renaissance? An International Comparison of Urban Regeneration Strategies. London/New York: 202-211.

Holm, Andrej/Kuhn, Armin (2010): Häuserkampf und Stadterneuerung In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2010: 107-115.

Kuhn, Armin (2012): Zwischen gesellschaftlicher Intervention und radikaler Nischenpolitik. Häuserkämpfe in Berlin und Barcelona am Übergang zur neoliberalen Stadt. In: Balz, Hanno/Friedrichs, Jan-Henrik (Hrsg.): „All we ever wanted ...“. Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre. Berlin: 37-52.

Neuwirth, Robert (2005): Shadow Cities: A Billion Squatters, a New Urban World. New York.

Pruijt, Hans (2013): Squatting in Europe. In: Squatting Europe Kollektive (Hrsg.): a.a.O: 17-60.

Florida, Richard (2002): The Rise of The Creative Class. New York.